

Ratsbericht 25. Januar 2012

Allgemein erwartet wurde eine kurze und eher langweilige Sitzung zu Jahresbeginn. Zumindest das Letztere trat nicht ein – woran auch unsere Fraktion ihren Anteil hatte. Fast schon traditionell begann es mit einer **halbstündigen Debatte zur Tagesordnung** – diesmal hauptsächlich verursacht durch die Grünen, die auf den letzten Drücker Profil zeigen und einen Punkt zur A52 draufsetzen wollten. In dem dazugehörigen Antrag sollten solch epochale Dinge durch den Rat „festgestellt“ werden, wie dass der **A52-Kompromiss für Gladbeck** ohne Beteiligung der Stadt Essen ausgehandelt worden ist.. Natürlich sollten diese und weitere „Feststellungen“ auch Folgen haben: nämlich, dass Oberbürgermeister Paß dies gegenüber „Bund, Land, der Stadt Gladbeck und dem Papst“ [upps, da ist einer zu viel, Anm. des Sätzers] als für Essen nicht akzeptabel „deutlich zu artikulieren“ habe. Allein: Für eine kurzfristige Aufnahme auf die Rats-Tagesordnung als „Dringlichkeit“ sollten bestimmte Minimalanforderungen erfüllt sein. Da den AntragstellerInnen hierzu nicht allzu viel [Vorsicht: Übertreibung!] einfiel, folgte sonst niemand diesem Ansinnen. Einzig die grüne Fraktion stimmte für ihren eigenen Antrag (was, da die Grünen in Essen noch keine absolute Mehrheit haben, nicht ausreichte für eine Aufnahme auf die Tagesordnung).

Ähnlich scheiterte das Ansinnen, das auch von uns mit unterstützt wurde, den TOP **Sonntagsöffnungen abzusetzen**. Der Versuch der Grünen, hierüber geheim abstimmen zu lassen, musste scheitern, da das notwendige Quorum von einem Fünftel der Ratsmitglieder – dies ist nötig, um geheim abzustimmen lassen, was den Grünen scheinbar nicht bekannt war – selbst mit unseren Stimmen nicht zu erreichen war. Der TOP blieb also drauf und führte zu der sich jährlich wiederholenden „spannenden“ Debatte mit bekanntem Ausgang (mehr dazu später).

Zusammengelegt wurden die TOPs 19 und 20 – beide zum Thema Interkommunale Zusammenarbeit. Zurückgezogen war der von uns vorsorglich angemeldete TOP 17 zur **Personalsituation** (hierzu laufen zurzeit unsere Anfragen bzw. Anträge im Fachausschuss). Vorgezogen wurde TOP 7, Erweiterung der Vertretungsregel (neu vor TOP 5).

In die Tagesordnung eingestiegen wurde mit der Einführung und **Verpflichtung drei neuer Ratsmitglieder**: Manfred Reimer und Sinan Kumru rückten bei der SPD-Fraktion für Raimund Glitza und Christine Möllering nach, bei der CDU-Fraktion Fabian Schrupf für Ute Baukelmann.

Zur Niederschrift der letzten Sitzung gab es keine Anmerkungen, Anmeldungen zur Aktuellen Stunde lagen nicht vor. Unter TOP 4 teilte der neue Personaldezernent mit, dass – im Rahmen der Entscheidung pro Optionskommune – der **Übergang der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit zum JobCenter Essen** vollzogen sei. Das Ansinnen, die finanziellen Einbußen der nunmehr städtischen MitarbeiterInnen aufzufangen (künftige Gehaltserhöhungen werden mit zuvor gezahlten Zulagen verrechnet, so dass de facto keine Gehaltserhöhungen bei den Beschäftigten ankommen) wurde von der zuständigen Stelle abschlägig beschieden. Aufgrund der gesetzlichen Lage sieht der Verband kommunaler Arbeitgeber keine Änderungen beim Tarifvertrag als erstrebenswert an. Nun zeigt sich, dass unsere Ablehnung der Optionskommune berechtigt war: **Leidtragende sind die Beschäftigten**.

Es folgte der vorgezogene Antrag der SPD-Fraktion zur **Erweiterung der Vertretungsregelung in Ausschüssen**. Dieser wurde – ohne Debatte – einstimmig beschlossen. Somit können künftig alle Fraktionen weitere StellvertreterInnen für die Fachausschüsse benennen. Hintergrund ist, dass

sowohl SPD- wie auch CDU-Fraktion gelegentlich Probleme hatten, vollzählig in den Ausschüssen vertreten zu sein.

Hieran anschließend wurden einige Um- und Nachbesetzungen in den Ausschüssen beschlossen. Auch die **Gültigkeit der Wiederholungswahl zum Integrationsrat wurde festgestellt.**

Unter TOP 8 hatte die CDU-Fraktion eine Prüfung einzelner Zuordnungen im **Geschäftsverteilungsplan** (also welche Dezernent / welche Dezernentin wofür zuständig ist) beantragt (u. a. Zuordnung der Zuständigkeit für die EVV und für das Rechtsamt). Dieser Prüfauftrag wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Etwas höher her ging es dann bei TOP 8a: **Das Viererbündnis (CDU/Grüne/FDP/EBB) hatte einige Punkte zur Neuausrichtung der EWG (Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft) beantragt.** So sollte die EWG für das neu zu gründende „Welcome-Center“ für höher qualifizierte Menschen mit Migrationshintergrund ein AnsprechpartnerIn benennen, das Thema „Kreativwirtschaft/Design“ zur Schwerpunktbranche erklärt werden, und zur Förderung der „ethnischen Ökonomie“ wollte man eine zusätzliche Stelle schaffen. Sowohl unser Vorsitzender **Hans Peter Leymann-Kurtz** wie auch Ratsfrau **Claudia Jetter** – die unsere Fraktion im Aufsichtsrat der EWG vertritt – **fassten unsere Kritik an diesem Antrag zusammen:**

1. Die **EWG hat bereits Ansprechpartner für UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund.**
2. Die **Benennung von Schwerpunktbranchen kann nicht inflationär betrieben werden.** „Kreativwirtschaft/Design“ ist in Essen zwar nicht völlig unterbelichtet, die wirtschaftliche Bedeutung rechtfertigt allerdings kaum, dies zur „Schwerpunktbranche“ zu erklären.
3. Die neue Stelle sollte laut Antrag durch „Projekt- und Stiftungsmittel“ finanziert werden – **aus unserer Sicht** ist dies **keine seriöse finanzielle Ausstattung.** Alternative Finanzierungen konnten nicht genannt werden.

Wie abzusehen, stimmte dennoch die Mehrheit des Viererbündnisses für ihren Antrag, bei Gegenstimmen unserer Fraktion und von AUF und bei Enthaltung der SPD-Fraktion und des Oberbürgermeisters.

TOP 9, Erwerb von 0,2% Geschäftsanteilen der AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft durch die Allbau-Managementges. mbH zu einem Preis von 520,- Euro: einstimmige Zustimmung.

TOP 10, **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung bzgl. RWE-Aktien:** ebenfalls einstimmige Zustimmung.

Debattiert wurde dann wieder bei TOP 11, **Ruhr 2010 GmbH, hier: Liquidation / Änderung des Gesellschaftsvertrages.** Kurz zum Hintergrund: Bei Gründung der Ruhr 2010 GmbH, die zur Durchführung der Kulturhauptstadt 2010 gegründet wurde, haben die Gesellschafter (RVR, Land NRW, Initiativkreis Ruhr und Stadt Essen) festgelegt, dass ein eventuell vorhandenes Restvermögen, an die Stadt Essen übertragen wird. Zum damaligen Zeitpunkt hatte niemand wirklich damit gerechnet, dass Geld übrig bleibt. Nun sind noch 980.000,- Euro im Topf und die drei Mitgesellschafter (also RVR, Land NRW und Initiativkreis Ruhr) möchten dieses Geld nicht der Stadt Essen übertragen, sondern in eine bislang bei der Gesellschaft angedockte Stiftung übertragen. Allerdings: Diese Stiftung ist rechtlich unselbständig und es stellt sich die Frage, wo diese Stiftung

künftig angedockt werden soll. Vor diesem Hintergrund **waren sich alle Fraktionen einig, einer Änderung im Gesellschaftsvertrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen zu können.** Erneute Befassung im März oder Mai.

TOP 12, A52, abgesetzt. TOP 13, Bebauungsplan „Frintroper Str. / Klaumberghang / Teisselsberg“ wurde einstimmig zugestimmt. **Unter TOP 14, Nahverkehrsplan, bemängelte unser Ratsherr Wolfgang Freye die Verzögerungen beim Ausbau der Steeler Strecke** (Beschleunigung der Linie 109 zwischen Wasserturm und Steele). Unsere Fraktion erwartet hier ein stärkeres Engagement – nicht zuletzt der Verwaltung – damit dieses Problem endlich gelöst wird. Immerhin ist dies die am meisten genutzte ÖPNV-Strecke in ganz Essen. Auch CDU und Grüne kritisierten diese Verzögerungen, ansonsten wurde von dem Bericht Kenntnis genommen.

TOP 15, Abberufung und Berufung in den **Seniorenbeirat**, sowie TOP 16, Berufung der Mitglieder des **Fachbeirates für das JobCenter Essen** (seitens unserer Fraktion die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Gabriele Giesecke**), wurden einstimmig beschlossen. Ebenfalls die **Benennung des Beigeordneten Kromberg zum 1. Betriebsleiter des Essener Systemhauses (ESH)** erfolgte unter TOP 18 einstimmig.

Um die **interkommunale Zusammenarbeit** ging es unter den TOPs 19, 20 und 21. Dezernent Kromberg trug zur Sache vor: Kosteneinsparungen sowie Qualitätsverbesserungen seien die strategischen Ziele. Die Übersicht der möglichen Kooperationsfelder reicht von einem einheitlichen Bibliotheksausweis für mehrere Ruhrgebietsstädte über einen Leitstellenverbund bei der Feuerwehr bis zur Spezialisierung der jeweiligen Rechnungsprüfungsämter. Unter TOP 20 wurde dann konkret die Übernahme der Beihilfeangelegenheiten für die (städtischen) MitarbeiterInnen der Städte Duisburg, Oberhausen und Essen durch die Stadt Mülheim beschlossen. **Für unsere Fraktion fragte Ratsfrau Claudia Jetter nach, warum die vom Personalrat geforderte (zusätzliche) Einrichtung einer Beratungsstelle in Essen nicht berücksichtigt worden ist.** Antwort: Dies hätte die Stelleneinsparungen verpuffen lassen. Zudem bestünde für die städtischen MitarbeiterInnen die Möglichkeit einer telefonischen Beratung. Gescheitert war hingegen der Versuch, die Ämter für Geodaten der Städte Essen und Mülheim zusammenzulegen (Kenntnisnahme unter TOP 21). Kurzfassung von Dezernent Best: Die Mülheimer hatten keine Lust.

Und dann kam es unter TOP 22 endlich zur lang ersehnten Debatte um die Sonntagsöffnungen für das Jahr 2012. Insgesamt 36 Sonntagsöffnungen hatte die Verwaltung vorgeschlagen. Die „Anlässe“ für die Sonntagsöffnungen waren gewohnt vielfältig: „Frühjahrskirmes“ (Altenessen), „Frühjahrsmarkt“ (Werden) oder schlicht „Frühlingsfest“ (Kettwig und Kupferdreh), ein „Sommerfest“ – am 20. Mai (!) in Kray – und auch Herbst und Winter dienten als „Anlässe“ zur sonntäglichen Ladenöffnung. Besonders originell ist diesmal die Altenessener Kaufmannschaft, welche die Eröffnung eines „Kaufland“-Marktes mit einer Sonntagsöffnung begehren möchte. Für unsere Fraktion gingen Hans Peter Leymann-Kurtz und Wolfgang Freye „in die Bütt“. **Hans Peter kritisierte die Pseudo-Anlässe für die beantragten Öffnungen („Natürlich kann es sein, dass die Jubiläumsfeier einer Pommesbude hinten rüber fällt, aber das ist gewollt.“), Wolfgang appellierte insbesondere an die SPD und deren gewerkschaftlichen Wurzeln.** Indes: Keiner dieser (und weiterer wie der der grünen Ratsfrau van Hesch-Orgass) Appelle fruchtete. **Mit den Stimmen von SPD, CDU (mit Ausnahme von Ratsherrn Kalweit), FDP und EBB wurden die Sonntagsöffnungen für 2012 beschlossen (Nein: Grüne, LINKE, AUF).**

Immerhin gelang uns bezüglich des Verfahrens für das kommende Jahr ein kleiner (Teil-)Erfolg: **Da erneut ein großer Teil der Bezirksvertretungen nicht vorher Stellung nehmen konnte, hatten wir verbindliche Fristen bzw. Termine für das Verfahren „Sonntagsöffnungen 2013“ beantragt: Befassung der Bezirksvertretungen im Herbst d. J., Beschlussfassung im Rat im November d. J. – dies wurde bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig angenommen.**

TOP 23, Änderung der Feuerwehrsatzung: einstimmig beschlossen.

TOP 24, Anfragen von Ratsmitgliedern: **Für unsere Fraktion fragte Ratsfrau Janina Herff den Kämmerer nach einer Kompensation der Mehrausgaben durch die LVR-Umlage.** Zur Vorgeschichte: Im November 2011 hatte der Rat mit den Stimmen von CDU/Grünen/FDP/EBB „beschlossen“, dass der LVR ab 2012 seine Umlage (die die Städte zu zahlen haben) von 17,0 auf 16,5 Punkte absenken soll. Hierdurch sollten die Wohltaten des Viererbündnisses im Rahmen des Haushaltsbeschlusses gegenfinanziert werden. Allein: Der LVR wollte diesem „Beschluss“ des Essener Rates nicht folgen und senkte die Umlage nur auf 16,7 Punkte. Hierdurch entstehen Mehrausgaben i. H. v. rund 1,7 Mio. Euro. **Auch Kämmerer Klieve „empörte“ sich gebührend über die Entscheidung des LVR, dem Ratsbeschluss aus Essen nicht zu folgen,** eine Kompensationen wolle er zur gegebenen Zeit (im 4. Quartal 2012) vorschlagen. Fraktionsvorsitzender Bayer (EBB-Fraktion) schaffte es noch in einer Zusatz-„Frage“ darauf hinzuweisen, dass seine Fraktion im LVR sehr wohl die Absenkung auf 16,5 Punkte unterstützt habe.

Damit endete der öffentliche Teil.

TOP 25, Mitteilungen der Verwaltung gab es keine weiteren. Alle Beschlüsse zu den weiteren TOPs (Allbau-Aktien, Grundstück Rottstr., Leiter Umweltamt, Grundstücksangelegenheiten) erfolgten einstimmig. Ende der Sitzung um 18.30 Uhr